

*Rede des Fraktionsvorsitzenden der Fraktion der Linkspartei.PDS im  
Thüringer Landtag, Dieter Hausold  
Parteitag Schmalkalden 21./22. Oktober 2006*

Liebe Genossinnen und Genossen!  
Liebe Gäste!

Bilanz und Ausblick der Arbeit der Landtagsfraktion – so lautet ja mein Thema – kann an dieser Stelle natürlich nur in den wichtigsten Schwerpunkten dargestellt und in den deutlichsten Konturen gezeichnet werden. Zumal, liebe Genossinnen und Genosse, und dies ist das Los aber ich sage auch vor allem aber die Verantwortung der Opposition sowohl im Parlament wie außerparlamentarisch – die Probleme, die wir in den zurückliegenden Monaten thematisiert haben werden auch weiterhin unsere ganze Aufmerksamkeit benötigen.

Die Landesregierung und die ihr dienende und ihr dankende Mehrheitsfraktion der CDU zeigt – wie zu erwarten – keinerlei Einsichten, ist nicht lernfähig, sondern stur und ignorant. Sie verweigert sich weiterhin allen Überlegungen und Vorschlägen, die Opposition im Landtag einbringt. Stur in Hinsicht auf den von ihr betriebenen Sozialabbau, stur in Hinsicht auf ihrer Furcht vor mehr direkter Demokratie und Bürgermeinung, stur bei ihrer verfehlten Bildungspolitik, stur in einer kaum noch vorhandenen Arbeitsmarktpolitik und in keiner Weise ausreichenden Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit.

Und liebe Genossinnen und Genossen, dieser Kurs der Landesregierung dazu die CDU-Mehrheit wird stets dem Widerstand der sozialistischen Opposition im Thüringer Landtag finden – das ist der Kern unseres Wählerauftrages, das ist unser Auftrag, Verlässlichkeit gegenüber den Wählerinnen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land an den Tag zu legen.

Liebe Genossinnen und Genossen,  
Einigkeit und Recht und Freiheit – das ist für uns eine lange nicht ausreichende Aufreihung.

*Für uns geht es um Freiheit, Gleichheit, Solidarität und soziale Gerechtigkeit.*

Und darauf werden sich die Menschen in diesem Land auch verlassen können.

Und ich will an dieser Stelle auch sagen, Globalisierung ist eben für uns kein von „Gott gewollter Prozess“ – sie verkörpert vielmehr die bedingungslose Unterwerfung aller Lebensbereiche unter die Anforderungen des Kapitals und die Macht des großen Geldes. Und dabei und das ist ganz aktuell sollen auch die letzten Inseln der Daseinsvorsorge und des öffentlichen Eigentums zur Disposition gestellt werden.

Neoliberale Politik der etablierten Parteien dient diesem Prozess, sie schafft beim Abbau des Sozialstaates und mit vielen Steuergeschenken an Konzerne, an die Banken und die vermögende Fakten, die diese Entwicklung, genannt Globalisierung, bestärken und ausweiten.

Nachdem das dann jeweils geschehen ist, beruft sich neoliberale Politik dann auf die negativen Auswirkungen ihres eigenen Handelns, um neue Sachzwänge für eine weitere Verschärfung der sozialen Situation in unserem Land zu begründen.

Diesen Kreislauf gilt es zu durchbrechen.

Wir wollen mit unserer Politik all jene unterstützen und stärken, die sich damit eben nicht abfinden, die ihre Kritik offen aussprechen, für ihre Rechte eintreten und Alternativen in diese Gesellschaft einbringen wollen, und das ist nicht zuletzt eine demokratische Verantwortung, die wir stärken und wahrnehmen wollen.

Liebe Genossinnen und Genossen,  
verehrte Gäste,

die Landtagsfraktion ist den Schwerpunkten ihrer Arbeit unserem Landtagswahlprogramm verpflichtet.

Die dort festgelegten Themen erweisen sich zudem und deshalb ist das nicht eine formale Frage, in den aktuellen Debatten und Auseinandersetzungen weiterhin als sehr tragfähig, weiterhin als notwendig.

Gestattet mir mit Folgendem zu einigen Schwerpunktthemen einige Bemerkungen.

#### *Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik*

Steht natürlich auch für uns im Mittelpunkt und sehr oft am Beginn unserer politischen Überlegungen und bei diesen Themen stand die Auseinandersetzungen mit Hartz IV und dessen Wirkungen sowie die verfehlte Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik der Landesregierung im Mittelpunkt unserer politischen Tätigkeit.

Und ich will es deutlich sagen an dieser Stelle:

Wiederholt – zuletzt am Donnerstag vergangener Woche – haben wir im Landtag die Zusammenführung verschiedener Mittel der Arbeitsförderung der Europäischen Union, des Bundes, des Landes und der Arbeitsagentur und der ARGE'n gefordert, um diese Mittel für die Sicherung und ich sage wohl bemerkt vorhandene Mittel, für die Sicherung von Arbeitsplätzen und vor allem für neue versicherungspflichtige Arbeitsplätze und Beschäftigungsverhältnisse umzuwidmen.

Alles von der Landesregierung und der CDU-Mehrheit abgelehnt.

Solche Bemühungen sind aber ja gerade ein Schritt, wenn auch nur ein Schritt in die richtige Richtung – sie wären ein Stück Realpolitik – wie sie uns vom politischen Gegner ja so gerne abgesprochen wird – und deren Abhandkommen ja im Übrigen auch manche in unserer Partei immer wieder befürchten.

Aber liebe Genossinnen und Genossen, der traurige Zustand in diesem Land sind noch nicht einmal diese ersten Schritte, sind die Regierenden bereit mit uns gemeinsam zu gehen.

Und dabei liegen doch die Probleme im Grunde genommen viel tiefer, sind noch viel grundlegender. Das zeigt die Situation, in der sich laut jüngsten

Studien 6 Millionen Menschen in Deutschland befinden, davon 20 Prozent im Osten der Menschen, die hier in Ostdeutschland leben.

Die sozusagen, das hat gestern schon hier eine Rolle gespielt, unter dem Begriff „Unterschicht“ zusammengefasst werden.

Und auch dabei stehen natürlich Fragen nach fehlenden Arbeitsplätzen und überhaupt nach der Zukunft der Arbeit im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen. Ja es ist so, die Produktivitätsentwicklung ermöglicht und erfordert Lösungen, die Beschäftigung außerhalb des produktiven und profitablen Bereiches dringender denn je notwendig machen. Wir können nur erneut in diesem Zusammenhang auf den von uns mehrfach geforderten und skizzierten öffentlichen Sektor für gemeinwohlorientierte Arbeit verweisen.

Und auch die Einführung einer existenzsichernden sozialen Grundsicherung steht nach wie vor auf der Tagesordnung und auch im Zusammenhang mit unserer parlamentarischen Arbeit. Nun hat Ministerpräsident Althaus in dieser Hinsicht seinen Vorschlag zum Bürgergeld eingebracht. Im Übrigen wir werden uns am 15. 11. damit und mit unseren Positionen zur Grundsicherung auseinandersetzen, und wir werden unsere Vorstellungen hier weiter entwickeln. Die Arbeitsgruppe Hartz IV der Landtagsfraktion hat dazu mit ihrer Arbeit Grundlagen gelegt und wird also dies auch in dieser Konferenz entsprechend deutlich machen.

Ich will aber auch sagen, selbstverständlich sind wir bereits zur Debatte. Wir sind auch bereit zur Debatte über das Bürgergeld, was Herrn Althaus in diesem Sinne vorschwebt.

Ich will aber auch ganz deutlich sagen, wenn Herr Althaus dieses Bürgergeld einführen will und sich dafür von allen weiteren sozialen Sicherungssystemen des Landes trennen will, dann ist das überhaupt nicht der richtige Lösung, die die anstehenden Probleme erfordern.

Diskussionsbereitschaft ja. Aber eines, und das sage ich mit Nachdruck, wollen wir nicht: Dass Menschen nur die Wahl haben zwischen einem Arbeitsplatz auf dem ersten Arbeitsmarkt – den sie vermeintlich erreichen können und Almosen in Form von staatlicher Hilfe aus Steuergeldern. Das ist keine Zukunft für dieses Land, wenn unser Ministerpräsident das vorschlägt an der Stelle. Und das ist schon gar keine Perspektive, die die Betroffenen verdient haben.

Und ich will auch noch an dieser Stelle hinzufügen: Wenn dann die Landesregierung und wenn dann der Ministerpräsident immer wieder ganz vehement für die Einschränkung der ja schon ohnehin katastrophalen Leistungen aus Hartz IV eintritt, dann werden solche Überlegungen jedweder sozialer Art von ihm sowieso ad absurdum geführt.

Was ist das für eine Politik, die den Menschen Lösungen vorgaukelt, die offensichtlich gar nicht ernst gemeint sind.

Liebe Genossinnen und Genossen,  
verehrte Gäste!

Die aktuelle von den etablierten politischen Parteien geführte Debatte zur sogenannten „Unterschicht“ ist aus meiner Sicht zum Teil recht verlogen. Und wenn z. B. Herr Beck der Auffassung ist, dass wir in Deutschland ein Problem damit haben, dass es nicht mehr genug – man höre -

Aufstiegswillen bei diesen Menschen gebe, dann kann ich das nur als Verhöhnung der Situation und vor allem der konkret betroffenen Menschen betrachten.

Und wenn Frau Merkel das ein bisschen allgemeiner sagt, aber im Grunde genommen das Problem auch so herunterredet, dann kann ich das auch nicht als angemessen betrachten.

Ich will hier hervorheben:

Wir, die Linkspartei.PDS und ihre Fraktion im Thüringer Landtag werden alles zurückweisen, was den Betroffenen den schwarzen Peter für ihre Situation zuschiebt, die durch politisches Agieren in diesem Land verantwortet ist. Und durch nichts anderes, liebe Genossinnen und Genossen.

Zu unseren Vorschlägen innerhalb des letzten Jahres gehört der Entwurf eines Vergabegesetzes für Thüringen – bei dem wir auch die Forderung nach Mindestlohn aufgemacht haben. Das Thema Mindestlohn beschäftigt uns ja auch in diesen Tagen und wird uns weiterhin beschäftigen.

Und meine Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen, Mindestlohn ist ja nun gerade in diesem Land ein Thema und da fühlen wir uns als Thüringerinnen und Thüringer besonders herausgefordert. Denn dieses Land hat nach wie vor die niedrigsten und zum Teil beschämendsten Löhne und Einkommen für Arbeit in dieser Bundesrepublik. Das ist die Realität in dem Musterland, was uns die CDU immer vorgaukeln will.

Und in diesem Zusammenhang führen wir natürlich gemeinsam mit der Partei als Fraktion und vor allen Dingen aber auch gemeinsam mit dem DGB und den Einzelgewerkschaften uns an entsprechenden Initiativen zur Einführung eines Mindestlohnes beteiligt.

Und wir sagen eben ganz deutlich ja: Von Arbeit muss man auch existenzsichernd und menschenwürdig in diesem Land leben können. Und das ist sehr wohl ein soziales, aber und darauf legen wir immer großen Wert – ich denke auch gemeinschaftlich mit dem DGB, mit seinem Landesbezirksvorsitzenden Steffen Lemme gemeinsam viel Wert – es ist auch ein wirtschaftliches Gebot, liebe Genossinnen und Genossen.

Die Unternehmen und ihre Vorstände klagen über Dumpingwettbewerb aber sie klagen darüber, ohne ein Konzept dagegen zu haben.

Unsere Nachbarländer machen es uns vor. In Frankreich, in Großbritannien, in vielen anderen Ländern gibt es längst einen Mindestlohn. Die Wirtschaft hat davon dort ebenso Vorteile wie die Beschäftigten.

Und die Einführung eines solchen Mindestlohnes wäre ein richtiges Zeichen, vor allem auch zur Stärkung der versicherungspflichtiger Beschäftigung und der Binnennachfrage in unserem Land. Ganz im Gegensatz zur Einführung der Mehrwertsteuer im kommenden Jahr, die wirtschaftlich wie sozial völlig abwegige Akzente aufmachen wird, liebe Genossinnen und Genossen.

Als größte Oppositionsfraktion im Thüringer Landtag ist natürlich dabei, konsequent für die Kontrolle der Landesregierung einzutreten – eines der zentralen Ziele unserer Wahlaussagen.

Und ich kann sagen, wie das ja auch in der Öffentlichkeit bekannt ist, das ist in Thüringen mehr als nötig.

Wir haben mehrere Untersuchungsausschüsse in unserem Landtag auch von der PDS initiiert. Ich erinnere an den Ausschuss, der sich mit der Hotelaffäre in Erfurt und Suhl befasst. Dort ist eindeutig klar, es wurde ungerechtfertigt gefördert. Und es wurden u. a. 32 000 Euro für die Miete eines Spielkasinos ausgegeben, das nur aus leeren Räumen besteht, meine Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen.

Wir haben es mit einem Erfurter Flughafen zu tun, bei dem unter gefälschten Zahlen Fördermittel erschlichen wurden in diesem Land. Und wir haben eine Situation, das ist dann der dritte Untersuchungsausschuss im Bereich der Landesgesellschaften, wo ganz eindeutig klar ist, dass große Mengen des Geldes völlig ineffektiv in wirtschaftliche Unternehmen gegeben wurde, wo völlig klar ist, dass 37 Millionen nach Auflösung des Thüringer Industriebeteiligungs fonds einfach so ohne weitere Kenntnisnahme und ohne weitere Nachvollziehbarkeit im Haushalt verschwunden sind.

Insgesamt gibt es ungefähr 50 Millionen Euro, die auf diese Art und Weise im Nirvana verschwunden sind. Und diese Landesregierung erdreistet sich, Menschen z. B. beim Volksbegehren für eine bessere Familienpolitik zu sagen, Ihr habt nicht über die Haushaltsmittel dieses Landes zu entscheiden. Aber diese Landesregierung doch wohl nicht, die eine solche Politik betreibt, die Steuergelder verschwendet und diese sie nur ausnutzt, um letzten Endes bestimmte Bedürfnisse aber nicht die der Öffentlichkeit dieses Landes zu befriedigen.

Es wird höchste Zeit, dass damit Schluss gemacht wird meine Damen und Herren. Und dafür werden wir als Opposition auch weiterhin eintreten. Und wenn auch der Thüringer Landtag in seiner Mehrheit abgelehnt hat, dass der Landtag, das Parlament, der Souverän, der Gesetzgeber dieses Landes für die Kontrolle von Landesgesellschaften mit der Beteiligung der Finanzen des Landes zuständig ist, dass er das kontrollieren kann, wenn das die CDU auch in aller Selbstherrlichkeit abgelehnt hat, wir werden diese Frage immer wieder auf die Tagesordnung stellen. Dazu sind wir verpflichtet gegenüber den Menschen in diesem Land, liebe Genossinnen und Genossen.

Wir haben uns befasst in den zurückliegenden Monaten mit einer großen Anfrage zur Energiepolitik. Das ist ja ein sehr aktuelles Thema. Und es wird uns ja letzten Endes auch heute noch im Verlaufe des Tages beschäftigen in ganz konkreten Zusammenhängen.

Darauf kann und will ich an dieser Stelle nicht eingehen. Aber eines will ich ganz deutlich sagen.

Wir haben Prämissen in diesem Zusammenhang. Und die bleiben so, dass wir auch nach wie vor sagen, wir wollen eine dezentrale nachhaltige Energiewirtschaft für die Zukunft. Und wir sind der Auffassung, dass bei der Betreuung der Netze es auf Dauer nicht bei privatem Eigentum bleiben kann.

An dieser Stelle sind wir ganz konkret für Verstaatlichung liebe Genossinnen und Genossen,

Denn es zeigen einfach die Entwicklung, dass die private Wirtschaft an diesem Punkt den Anforderungen, den Anforderungen der Allgemeinheit nicht Rechnung tragen kann, sondern dass hier einseitig Gewinninteressen im Mittelpunkt stehen. Wir sind uns dabei wohlweislich bewusst, dass schwarz-weiß-Malerei in diesem Zusammenhang natürlich nichts nützt, wir

sagen aber auch ganz deutlich, wenn die Öffentlichkeit dieses Landes über energiepolitische Entwicklungen eine Debatte verlangt, dann soll sich die Politik dieser Debatte gefälligst stellen, liebe Genossinnen und Genossen.

Im vergangenen Herbst war ja bekanntlich die Auseinandersetzung mit dem Familienförderungsgesetz der Landesregierung (auch bekannt als Familienoffensive) einer der Schwerpunkte der parlamentarischen und außerparlamentarischen Tätigkeit der Landtagsfraktion. Das bewegt uns vor allem in diesen Tagen genauso deutlich wie im vergangenen Herbst. Denn, man muss es ja leider sagen, überall im Land wird deutlich, welche nachhaltigen Wirkungen dieses Gesetz der Landesregierung mit sich bringt. Qualitätsstandards in Kindertagesstätten müssen herabgesetzt werden, Erzieherinnen müssen in ihre Arbeitszeiten eingeschränkt oder abgebaut werden, Elternbeiträge steigen, die Ausgaben vieler Kommunen in dieser Hinsicht steigen auch. Viele Eltern sehen sich in einer Situation, ihre Kinder nicht mehr in eine Kindertagesstätte zu bringen. Und dies alles geschieht in einer Zeit, da international immer wieder auf die Notwendigkeit einer qualifizierten frühkindlichen Bildung verwiesen wird und die Rückstände der Bundesrepublik in dieser Hinsicht immer deutlicher angemahnt werden.

Wir haben dementsprechend dem Trägerkreis Volksbegehren für eine bessere Familienpolitik von Beginn an unterstützt. Gemeinsam einen Gesetzentwurf dafür vorgelegt, der die Kürzungen im Kita-Bereich zurücknehmen und Qualitätsstandards sichern soll.

Denn im Land und das habt Ihr sicherlich alle gespürt, musste erläutert werden, dass dies die einzig gangbare Alternative zur Abbaupolitik der Landesregierung ist. Bei 5.000 benötigten Unterschriften, man kann das nicht oft genug hervorheben, entschieden sich innerhalb kürzester Zeit 22.000 Thüringerinnen und Thüringer, mit ihrer Unterschrift für das Zustandekommen eines solchen Volksbegehrens.

Jetzt klagt unsere Landesregierung gegen dieses Volksbegehren vor dem Verfassungsgericht.

Und meine Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen, lassen wir uns nicht die Köpfe vernebeln, diese Landesregierung müsste nicht klagen. Die Gerichtsentscheidung, die dazu vorliegen bei uns aber vor allen Dingen auch in anderen Bundesländern, lassen durchaus einen Spielraum zu in diesen Angelegenheiten. Nein, was hier passiert, ist ganz konkret die Flucht dieser Landesregierung aus ihrer demokratischen und politischen Verantwortung in dem Gerichtsweg, und die Angst davor, dass Menschen in diesem Lande mit großer Mehrheit sagen könnten, wir wollen Eure Politik so nicht, korrigiert sie so. Das ist in der Sache ein unmöglicher Zustand. Aber das liebe Genossinnen und Genossen, verschärft auch weiter die Situation, in der die Demokratie, ihre Institution und ihre Politik vor der Öffentlichkeit herabgewürdigt werden. Das sind die Ergebnisse der Politik der Thüringer Landesregierung und ihrer Uneinsichtigkeit in diesen Fragen. Deshalb wird das natürlich für uns ein Schwerpunkt bleiben. Wir bereiten außerdem einen Bürgerantrag vor, der sich dem gesamten Familienförderungsgesetz annimmt. Und die Forderungen dabei werden u. a. die Sicherung einer eigenständigen Frauenpolitik, die Sicherung und der Ausbau der Qualität in den Kindertagesstätten und Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sein.

Liebe Genossinnen und Genossen,  
verehrte Gäste!

Ich hatte bereits darauf verwiesen, dass das Thema Armut – wesentlich als Folge der Hartz IV die Politik wesentlich bestimmt und die Auseinandersetzung und dass das leider eine zunehmende Dimension annimmt.

Ich will in diesem Zusammenhang auch auf folgenden Fakt verweisen: Ja, aus den von mir ja hier in einigen Punkten genannten Gründen, und es gäbe viele weitere, ist es natürlich ausdrücklich wie es gestern auch der Landesvorsitzende hier gesagt hat, unser Ziel, die Regierung Althaus 2009 endlich abzulösen. Das ist eine Aufgabe, der müssen wir uns unbedingt stellen.

Und wir wissen bei diesem Thema auch, dass dies wir nicht allein schaffen können sondern dass wir dazu Partner brauchen und dass die Thüringer Sozialdemokratie natürlich hier an erster Stelle angesprochen werden muss. Und ich will auch an dieser Stelle noch einmal unterstreichen, dass es derzeitige viele gemeinsame Schnittmengen in der Politik der beiden Oppositionsparteien im Thüringer Landtag gibt.

Es gibt sie im Bereich der Bildungspolitik, es gibt sie im Bereich von mehr Demokratie insgesamt im Land und insbesondere auf der kommunalen Ebene, es gibt sie in den Fragen der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, es gibt sie teilweise auch in der Frage einer Verwaltungs- und Gebietsreform.

Die Voraussetzungen sind also nicht so schlecht.

Ich will aber auch mit aller Deutlichkeit sagen. Ich empfehle der Thüringer SPD, sich in den Fragen der Arbeitsmarktpolitik und insbesondere der Politik bei Hartz IV oder auch in den Fragen der Gesundheitspolitik einmal etwas stärker loszulösen aus den Zwängen der ehemaligen rot-grünen Bundesregierung, die uns das alles eingebracht hat und aus den Zwängen der großen Koalition von heute. Das würde einer Alternative in Thüringen noch viel besser tun, liebe Genossinnen und Genossen. Wenn unsere sozialdemokratischen Freunde da etwas beweglicher wären in dieser Frage. Und ich sage es als Angebot für die Debatte.

Sowohl in der Unterschichten-Diskussion, ausgelöst durch die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung als auch in vielen anderen Debatten werden natürlich Fragen offenbart, die uns mehr als nur für einen Tag berühren müssen, liebe Genossinnen und Genossen.

Mehr als jedes 3. Kind, das in Armut lebt, musste z. B. in der Schule eine Klasse wiederholen. Bei anderen Kindern ist es gerade Mal jedes 12. Kind. Von 100 Kindern, die schon während ihrer Kindergartenzeit als arm gelten, schaffen nur 4 Kinder – nur 4 von hundert – den Sprung auf das Gymnasium. Bei anderen Kindern sind es 30 %.

Viele Kinder aus armen Familien bekommen keine Empfehlung für das Gymnasium, selbst wenn ihre Noten genauso gut oder sogar besser als die von Kindern aus reicheren Familien sind.

Ja, es ist eine traurige Wahrheit unsere Gesellschaft hält Kinder arm, und das ist einfach nur ein Skandal.

Aber und das ist auch eine nicht zu leugnende Tatsache, Armut und Perspektivlosigkeit führt zu höheren materiellen und psychischen Belastungen, wenn man nicht weiß, was nach dem befristeten Minijob

kommt, nicht weiß, wie man die teuren Schuhe und den Schulausflug für die Kinder bezahlen soll, sich keine Erholung in den Ferien oder auch mal einen Theaterbesuch leisten kann, wenn Hilflosigkeit und Angst das eigene Leben stimmen, wächst die Gefahr der Überforderung und der Hilflosigkeit der Eltern auch den eigenen Kindern gegenüber. Dies müsste Politik im alarmierenden Maße herausfordern, vor allen Dingen die herrschende und die regierende Politik. Aber seit Jahren werden in dieser Hinsicht schwere Fehler begangen.

Hartz IV und dabei bleibe ich liebe Genossinnen und Genossen, was auch alles geredet wird, hat Armut vermehrt. Es wird Geld gekürzt bei Kinder- und Jugendschutz, bei den Kitas, bei Kultur- und Sportangeboten werden ebenfalls Einschnitte gemacht, so dass sich viele ärmere Familien das einfach nicht mehr leisten können. Es gibt nicht genug Geld, um in Familien, die Hilfe suchen, auch für ihre Kinder Betreuungsangebote leisten zu können. Und wir sagen ganz deutlich, wenn nicht an diesem Beispiel, wann soll denn dann ein Umdenken in der Politik endlich möglich sein? Kinder brauchen in Kindertagesstätten und Schulen eine reale Chance unabhängig davon, wie der Geldbeutel der Eltern ist. Das bleibt unsere Überzeugung, und dafür werden wir auch eintreten und streiten. Und es muss in diesem Zusammenhang nicht eine allgemeine Debatte geführt werden sondern es muss mehr Geld ausgegeben werden, dass Kindern direkt zu Gute kommt. Sie müssen ebenso Sport treiben können, wenn sie benachteiligt sind durch das Einkommen ihrer Eltern, wie ins Theater gehen können und andere Möglichkeiten letzten Endes haben. Wir brauchen wirklich mittlerweile, weil auf den anderen Gebieten die Politik bisher so jämmerlich versagt hat, wesentlich mehr Prävention im Interesse von Familien in diesem Land.

Ich will mal in dem Zusammenhang und ganz bewusst in diesem Zusammenhang, das Finanzproblem und die Finanzdebatte aufgreifen an dieser Stelle. Weil die führen wir natürlich auch jeden Tag und damit müssen wir uns auseinandersetzen im Bezug auf den Landeshaushalt, in Bezug z. B. gegenwärtig zur Debatte um die Thüringer Kulturlandschaft und die Theater. Und da gibt es schon Meinungsstreit und immer wieder mal die Frage, ja seid Ihr nicht in Euren Forderungen zu wenig an der finanziellen Situation des Landes im Grunde genommen orientiert?

Wir hatten jetzt vor wenigen Tagen, ich glaube am Donnerstag war es, das Urteil des Verfassungsgerichtes zur Haushaltsnotlage in Berlin. Ihr kennt es, das Gericht hat entschieden, es gibt dort keine Haushaltsnotlage und das Gericht hat in seiner salbungsvollen Erläuterung auch gleich mal den Finger auf die Dinge gelegt, die da geregelt werden sollen.

Verkauf der Kommunalen Wohnungen, Einschränkungen im Sozialbereich. Aber liebe Genossinnen und Genossen, mal davon abgesehen, bei aller Hochachtung vor unseren Gerichten, die ich selbstverständlich habe, bin ich nicht der Auffassung, dass Gerichte über politische Linien in diesem Land entscheiden sollten. Sie haben Recht zu sprechen, das haben sie getan in der Frage.

Ich möchte in der Sache unseren Bundesgeschäftsführer, Dietmar Bartsch, zitieren, denn da ist das politische Problem. Er hat gesagt: „Nicht neue Daumenschrauben sondern eine Altschuldenregelung und eine grundlegende Neuordnung der Bund-, Länderfinanzen sind jetzt notwendig. Wer die vermeintliche Lösung des Problems einseitig mit einer rigiden



Sparpolitik sucht, macht sich schuldig an den strukturell begründeten Schulden von morgen und an den gesellschaftlichen Folgen und Verwerfungen, die das letzten Endes bis zur Folge haben wird.“ Und das ist eigentlich unabhängig davon, wer wo regiert. So kann man diese Probleme nicht angehen. Wer Sozialabbau im Grunde genommen per Gesetz auch weiterhin verordnen, will der wird am Ende zum Scheitern verurteilt sein, weil das weder sozial, noch wirtschaftlich, noch in der Gesamtsituation unseres Landes uns voranbringt. Das liebe Genossinnen und Genossen führt in die Sackgasse und wir sind die Stimme, die sich u. a. dagegen erhebt und wir werden dies deutlich tun, auch weiterhin.

Wir haben uns gestern hier mit den Fragen der Bildung befasst. Ich will dem an dieser Stelle bewusst nichts weiter hinzufügen. Ich will nur deutlich sagen, dass hat uns in den zurückliegenden Monaten in der Landtagsfraktion sehr bewegt und es wird uns weiter bewegen, weil wir ja gemeinsam mit dem Landesverband die große öffentliche Debatte in diesen Fragen führen werden. Diesem Thema will ich hier deshalb nichts weiter hinzufügen.

Wir haben uns auch stark befasst mit Fragen der Kulturpolitik. Ihr kennt die aktuellen Auseinandersetzungen, die sich jetzt um die Theater- und Orchesterlandschaft ergeben haben im Land. Unsere Positionen in diesem Fall sind bekannt. Und wir sagen, Kultur ist eben auch nicht nur eine Frage gleich ob Kultur der sogenannten höheren Art, also der Hochkultur oder der Breitenkultur, die an sich an ein bestimmtes Klientel wendet. Kultur ist notwendig in der geistigen Debatte dieses Landes, ist notwendig im Sinne von Entspannung und Unterhaltung, ist notwendig im Sinne um Impulse zu geben für alle Debatten, die hier sich abspielen. Und deshalb können wir nicht einfach einer Sparpolitik auf dieser Strecke das Wort reden. Wir werden uns dagegen wenden. Im Übrigen auch deshalb, weil natürlich Kultur immer verbunden ist mit der Wertedebatte in der Gesellschaft. Und wenn wir uns aber vorstellen, was sich heute in der Gesellschaft abspielt, wenn wir die Defizite dieser Gesellschaft analysieren, dann werden wir dazu kommen, dass wir diese Wertedebatte genau brauchen, dass wir sie auch über Kultur brauchen. Am 17. und 18. November werden wir deshalb gemeinsam mit der Bundestagsfraktion eine solche Debatte auf dem Symposium „Kultur neu denken“ in Bad Frankenhausen führen.

Im Bereich der Kommunalpolitik möchte ich insbesondere an dieser Stelle noch auf zwei Gesetzesverfahren verweisen. Eines bezog sich auf das Kommunalabgabenrecht mit Zielsetzungen, wie Straßenausbaubeiträge im Ermessen der Gemeinden, Bildung pflichtiger Verbraucherbeiräte und der Transparenz bei Müllgebühren. Ein anderes mit der Thüringer Kommunalordnung. Und hierbei ging es vor allem um Bürgerentscheide bei Gemeindeneugliederungen und Umwandlung von Verwaltungsgemeinschaften in Einheitsgemeinden. Schließlich haben wir kürzlich das kommunale Haushaltsrechtsmodernisierungsgesetz eingebracht mit dem Ziel, den Einstieg in den Bürgerhaushalt sowie eine höhere Transparenz im Verwaltungshandeln zu erreichen. Der Gesetzentwurf sieht dabei auch die

Erhöhung oder die Schaffung für die Erhöhung von Investitionstätigkeit in Kommunen durch Kreditaufnahme für rentierliche Investitionen vor. Eine Angelegenheit, die ja viele Städte und Gemeinden in unserem Land drückt.

Natürlich befassen wir uns auch in der folgenden Zeit mit der Föderalismusreform. Wir wollen ausdrücklich unseren Beitrag zur einer Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Länder und Kommunen erreichen mit der Zielsetzung einer Kommunalfinanzreform und der Weiterentwicklung unserer Vorstellungen wie gesagt zum Bürgerhaushalt. Und dies werden auch Schwerpunkte unserer Arbeit im Jahr 2007 sein. Am 4. 10. haben wir übrigens eine umfängliche Anhörung zu den Fragen der Daseinsvorsorge durchgeführt, die uns sozusagen in unserem Kurs auf der einen Seite flexibel diese Probleme zu debattieren auf der anderen Seite aber einen weiteren Druck auf die Privatisierung entgegenzustehen, bestärkt hat. Wir haben eine Enquetekommission, die sich mit Fragen der Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform im Land befasst. Wir müssen feststellen, dass CDU und SPD auf diesem Gebiet enorm blocken. Andererseits können wir genau so deutlich feststellen, alles was bisher dort so spärlich es ist beraten wurde, hat uns darin bestärkt, dass wir gerade diese Reform bis zum Jahre 2009 brauchen und nicht erst danach, weil alle zentralen finanziellen auch demokratischen und wirtschaftlichen Fragen sowie die Fragen von mehr direkter Demokratie auf der kommunalen Ebene sind eben auch verbunden mit den Fragen der Effizienz von Verwaltungen, der wir uns in keiner Weise verschließen. Aber da muss jetzt die breite demokratische Debatte über diese Fragen im Lande losgehen und nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben werden, weil die Landesregierung und der Ministerpräsident meinen, dass ihre Landräte noch mit ihrem Parteibuch ganz lange erhalten bleiben. So eine engstirnige Sicht wird niemals unsere sein, liebe Genossinnen und Genossen

Zum Schluss, denn ich denke meine Zeit ist einigermaßen erschöpft oder überschritten hier, will ich noch einmal auf die Frage des Wahlprogramms eingehen, in der wir ja gesagt haben, Demokratie ist der rote Faden unseren Politik.

Und auch dieser Grundsatz bestätigt sich nicht nur, weil wir ihn im Programm niedergelegt haben, der bestätigt sich jeden Tag aufs Neue. Wir haben eine große Streitfrage auch im Parlament zu diesen Gesetzentwürfen Mehr Demokratie auf der kommunalen Ebene und alle meine Informationen, auch ein kürzliches Gespräch mit der CDU-Fraktionsführung haben deutlich gemacht, dass die CDU dieses demnächst im Ausschuss und dann also auch parlamentarisch beerdigen will.

Was für ein Zeugnis meine Damen und Herren.

Ich will hier mal nur daran erinnern, als wir mit dem Entwurf für Mehr direkte Demokratie im gesamten Land letzten Endes erfolgreich waren, als dann die Landesregierung das Verfassungsgericht angerufen hat, und diese gleiche Landesregierung dann auch fast ein Urteil hatte, dass das in ihre Richtung geht,

musste sich dann hinterher trotzdem mit uns und der SPD an einen Tisch setzen. Warum nämlich, weil die Bürger im Land mit ihren Kritiken nicht nachgelassen haben an dieser Frage, weil ganz deutlich war, der Druck war

so groß, dass man sich eben nicht einfach mit einem Gerichtsurteil zurücklehnen konnte. Die CDU musste sich dieser Frage dieses Mal stellen und deshalb sage ich ganz eindeutig, auch mehr direkter Demokratie auf der kommunalen Ebene. Warum will diese Regierung wieder gegen den Willen der öffentlichen Meinung und der Bürger in diesem Land einen Umweg gehen, der uns alle nicht voranbringt sondern der uns zurückwirft in den Fragen der Mitgestaltungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger. Denn ich kann ja dreimal die Woche aufzählen und in jeder Parlamentsdebatte wie das die Regierung macht, das zehnmal am Tag tun, wie gut diese Landesregierung ist und was sie alles geleistet hat. Ich werfe es an dem Punkt gar nicht noch mal auf. Ich will nur ganz einfach sagen, wenn denn das so ist, warum hat dann die CDU Angst davor, dass die Bürger in diesem Land mehr mitbestimmen können und ihre Meinung zu ihrer Politik sagen können, auch direkt in der Abstimmung zu einzelnen Fragen. Warum denn dann, meine Damen und Herren? Müssen sie doch dann ein schlechtes Gewissen haben, wenn das so ist.

In diesem Sinne, liebe Genossinnen und Genossen haben wir natürlich hier einen Parteitag, einen Landesparteitag, und ich will deshalb zum Schluss ganz bewusst sagen.

Wenn wir von diesen Zielen, die wir gemeinsam weiter miteinander besprechen und vereinbart haben, ein Stück weit Realität werden lassen wollen, wenn wir mehr Einfluss in diesem Land Thüringen und in der Bundesrepublik gewinnen wollen, dann gibt es für mich zwei zentrale Fragen.

Die erste Frage ist.

Wir müssen politisch für die Öffentlichkeit als Opposition mit Alternativen aber auch mit Widerstand erkennbar sein. Das dürfen die Menschen im Land von uns verlangen.

Beides dürfen die Menschen von uns verlangen.

Und die zweite Sache ist.

Linke haben es in der deutschen Geschichte immer schwer gehabt. Und sie haben viele Fehler, auch schmerzliche Fehler begangen. Und wir haben auch heute kritische und interessante Debatten im Parteibildungsprozess mit der WASG. Und trotzdem will ich ganz deutlich sagen. Es gibt so viele Übereinstimmungen und Gemeinsamkeiten. Und es gibt erwachsen aus der Bundestagswahl 2005 ein so großes Erwartungspotential an uns, dass wir diese Sache einfach nicht in den Sand setzen können. Eine starke linke sozialistische Partei für dieses Land in ganz Deutschland ist längst überfällig. Und wir werden dafür gemeinsam streiten, liebe Genossinnen und Genossen.